

Pressemitteilung

Nürnberg, 6.11.2015

Empörung über Gerichtsentscheidung zur Demonstration „Die Rechte“ am 07.11.2015 am Hauptmarkt in Nürnberg

Die Allianz gegen Rechtsextremismus ist empört über die Aufhebung des durch die Stadt Nürnberg erlassenen Verbots der Demonstration des Landesvorsitzenden der Partei „Die Rechte“ am Hauptmarkt in Nürnberg, durch das Verwaltungsgericht in Ansbach.

Diese Demonstration bedroht die Sicherheit und den Frieden in Nürnberg.

Es kann nicht im Geringsten von einer friedlichen Absicht der Versammlung ausgegangen werden, bei den einschlägig als rechtsextrem bekannten Anmeldern. Mitglieder der Kleinstpartei „Die Rechte“ unterstützen und bejahen die tatsächliche Anwendung von Gewalt. Der jüngste Fund von Schusswaffen, Pyrotechnik und Utensilien verfassungsfeindlicher Organisationen bei Anhängern und Aktivisten der rechtsextremen Partei bekräftigen dies.

Ihre Versuche, die aktuelle Flüchtlingssituation zu thematisieren, sind reine Tarnstrategien um Sympathisanten für ihre Ideologie zu rekrutieren.

Eine Organisation, die sich so offensichtlich auf die Fahnen geschrieben hat, rechtsradikales Gedankengift auch mit Waffengewalt umzusetzen, am historisch vorbelasteten Nürnberger Hauptmarkt (dem ehemaligen „Adolf-Hitler-Platz“ 1933-1945, Kernbestandteil der Reichsparteitagspropaganda) ihre menschenverachtende Parolen rufen zu lassen, stellt nach Ansicht der Allianz deutlich das Überschreiten der Schranken der Versammlungs- und Meinungsfreiheit dar.

Es ist ein unerträglicher Zustand, dieser Gruppierung den zentralsten Ort Nürnbergs, den Hauptmarkt überlassen zu müssen, wenn genau diese Parteimitglieder die Meinungs- und Versammlungsfreiheit abschaffen würden, sollten sie dessen fähig werden.